

 **Bundeskanzleramt**

Bundesministerin für
EU und Verfassung

[bundeskanzleramt.gv.at](https://www.bundeskanzleramt.gv.at)

Mag. Karoline Edtstadler
Bundesministerin für EU und Verfassung

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrats
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2021-0.485.000

Wien, am 7. September 2021

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Lindner, Kolleginnen und Kollegen haben am 7. Juli 2021 unter der Nr. **7273/J** eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Österreichs Einsatz gegen LGBTIQ-feindliche Gesetze in Ungarn“ an mich gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 und 2:

- 1. Wann genau hat die österreichische Bundesregierung die gemeinsame Resolution der 14 EU-Staaten hinsichtlich der Situation von LGBTIQ-Personen in Ungarn unterzeichnet?*
- 2. Von wem wurde diese Resolution unterzeichnet?*

Ich habe die Unterstützung der Erklärung durch Österreich am 23. Juni 2021 bekanntgegeben. Die Initiatoren wurden darüber im Wege der Ständigen Vertretung in Brüssel informiert. Die Erklärung wird mittlerweile von 18 Mitgliedstaaten unterstützt, da sich auch Italien, Griechenland, Zypern und Portugal im Anschluss an den Rat Allgemeine Angelegenheiten der Resolution angeschlossen haben.

Zu den Fragen 3 und 4:

3. *Von welcher Stelle wurde die, von Bundesministerin Edtstadler angesprochene „sorgfältige Abwägung und Prüfung der Faktenlage“ vor der Unterzeichnung der Resolution durchgeführt?*
 - a. *Welche konkreten Ergebnisse wurden dabei erarbeitet?*
 - b. *Welche Informationen wurden dabei erarbeitet, die Ihnen vor dem Entschluss zur Unterzeichnung der gemeinsamen Resolution nicht vorgelegen sind?*
4. *Gab es vor der Unterzeichnung der gemeinsamen Resolution Austausch mit anderen EU-Staaten in dieser Sache?*
 - a. *Wenn ja, von welcher Stelle und mit welchen Staaten?*
 - b. *Wenn ja, welche konkreten Inhalte wurden besprochen?*
 - c. *Wenn nein, warum nicht?*

Bereits am 16. Juni 2021 habe ich im Plenum des Nationalrates klar Stellung bezogen und ausgeführt, dass die Inhalte des in Ungarn beschlossenen Gesetzes diskriminierend und damit abzulehnen sind. Ich habe zudem in der Sitzung des Nationalrates am 16. Juni 2021 zugesagt, das Thema im Rat Allgemeine Angelegenheiten am 22. Juni 2021 anzusprechen. Beim diesem Rat hat schließlich die zweite Anhörung Ungarns im Rahmen des Artikel 7-Verfahrens stattgefunden. Die Stellungnahme und die Ausführungen Ungarns im Rahmen der Anhörung im Rat konnte meine Besorgnis über das Gesetz nicht entkräften, sondern haben diese im Gegenteil bestätigt. Auf der Grundlage der Antworten Ungarns bei der Anhörung habe ich am 23. Juni 2021 meine Unterstützung für die Erklärung im Wege der Ständigen Vertretung Österreichs bei der EU bekanntgegeben. Am Rande der Ratstagung habe ich mich zudem informell mit Amtskolleginnen und Amtskollegen über die Lage ausgetauscht.

Der Bericht zur Ratstagung liegt dem Parlament vor. Zudem habe ich in der Sitzung des EU-Hauptausschusses am 23. Juni 2021 diesen über die Ratstagung sowie über die Unterstützung der Erklärung informiert.

Zu den Fragen 5 und 6:

5. *Sind seitens Ihres Ministeriums weitere Schritte zur Umsetzung des Beschlusses 557/UEA XXVII. GP geplant?*
 - a. *Wenn ja, welche konkreten Schritte sind geplant? Bitte um detaillierte Auflistung.*
 - b. *Wenn nein, warum nicht?*

6. *Welche konkreten Schritte sind seitens Ihres Ministeriums geplant, um hinsichtlich der LGBTIQ-feindlichen und EU-rechtswidrigen Gesetzgebung in Ungarn auf EU-Ebene zu reagieren? Bitte um detaillierte Auflistung.*
- a. *Wenn keine Schritte geplant sind, warum nicht?*

Wie bereits in der Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 6300/J vom 13. April 2021 ausgeführt, habe ich das Thema Schutz der Rechte der LGBTIQ-Community auf europäischer Ebene und in bilateralen Kontakten – nicht zuletzt beim Rat Allgemeine Angelegenheiten – sowie in relevanten multilateralen Foren angesprochen. Ich werde dies auch weiterhin tun.

Zu Frage 7:

7. *Welche konkreten Schritte sind seitens Ihres Ministeriums geplant, um hinsichtlich der LGBTIQ-feindlichen und EU-rechtswidrigen Gesetzgebung in Ungarn auf bilateraler Ebene zu reagieren? Bitte um detaillierte Auflistung.*
- a. *Wenn keine Schritte geplant sind, warum nicht?*

Ich stehe in regelmäßigem bilateralen Austausch mit meiner ungarischen Kollegin im Rat Allgemeine Angelegenheiten, Judit Varga. Zuletzt hat sie auf meine Einladung am diesjährigen Europäischen Forum Alpbach teilgenommen, wo wir Anfang September über Herausforderungen für Europa gesprochen haben.

Mag. Karoline Edtstadler

